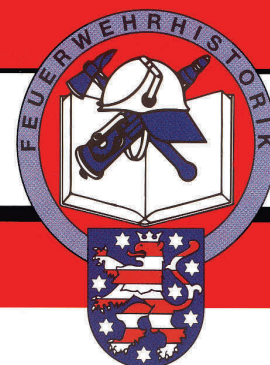


# Beiträge zur Feuerwehrgeschichte



LAG Feuerwehrgeschichte Thüringen

Heft 21



## „Wasser Marsch!“ aus der DDR

### eine Deutsch-deutsche Feuerwehrübung

zusammengestellt von  
Joachim Jaretzki

Der Druck dieser Broschüre wurde aus Haushaltsmitteln des Thüringer Feuerwehr-Verbandes finanziert und ist für die kostenfreie Verteilung an feuerwehrhistorisch Interessierte bestimmt. Der Verkauf der Broschüre ist unzulässig.

Die in dieser Publikation veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Vervielfältigungen und Veröffentlichungen in anderen als von der Landesarbeitsgemeinschaft Feuerwehrgeschichte Thüringen (LAG) oder vom Thüringer Feuerwehr-Verband herausgegebenen Publikationen sind nur mit der Genehmigung der Autoren und des Herausgebers statthaft.

Referatsleiter des Referates „Feuerwehrgeschichte“ des Thüringer Feuerwehrverbandes ist Joachim Jaretzki, Hauptstraße 87 c, 99846 Seebach.

Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Feuerwehrgeschichte Thüringen ist Herr Michael Herrmann, Roßdorfer Straße 14, 98590 Wernshausen.

Herausgeber dieses Heftes: Thüringer Feuerwehr-Verband e. V., Magdeburger Allee 4, 99086 Erfurt | Druckauflage: 150 Stück | Jahr: 2026



Allen Feuerwehrkameraden gewidmet, die am 27. Juni 1956 an der einzigen deutsch-deutschen Feuerwehrübung, über den Eisernen Vorhang hinweg, teilgenommen haben.

„Gott zur Ehr, dem Nächsten zur Wehr“

Joachim Jaretzki



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort		
Das Dorf Großburschla	3	
Das Jahr 1956	5	
Die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR	8	
Die Grenzsicherungsanlagen	9	
Die Organe der Grenzsicherung	10	
Beratung am 23. 5. 1956	13	
Lagebesprechung vor der Übung	14	
Die Übung	16	
Die Auswertung der Übung	22	
Pressekonferenz vom Ratsvorsitzenden Kiliass	23	
Der Bahnhof vor Großburschla	24	
Die Übung in Kommentaren der Presse	25	
Nachwort	28	
Anlage 1	Lage der Ortschaften der beteiligten Feuerwehren	30
Anlage 2	Der Grenzverlauf vor Großburschla-Bahnhof	31
Anlage 3	Die Löschwasserförderung	32
Anlage 4	Die Bahnstrecke Eschwege – Treffurt	33
Anlage 3	Der Bahnhof Großburschla	34
Quellenverzeichnis		35
Dank für die Unterstützung		36
Auflistung der bisher in der Reihe erschienen Publikationen		37



## Vorwort

Im Jahr 1956 kam es zu einem grenzüberschreitenden Feuerwehreinsatz im Werratal. An der Grenze der Kreise Eisenach (DDR) und Eschwege (BRD) im Bereich des Grenzdorfes Großburschla fand eine gemeinsame Übung statt. Diese war von Vertretern beider Seiten längerfristig vorbereitet worden. Der Vorsitzende des Rates des Kreises Eisenach und der Landrat des Kreises Eschwege führten gegenseitige Gespräche. Das Ziel bestand darin, Absprachen zu treffen die sich nutzbringend für alle Beteiligten auswirken sollten. Unter anderem gehörten dazu Vereinbarungen der gegenseitigen Hilfe der Feuerwehren bei Bränden und Katastrophen. Trotz der bestehenden Grenze wollte man sich gegenseitig helfen.

Deutsch-deutsche Feuerwehreinsätze gab es bereits vorher und auch noch später. So beispielsweise im August 1955 im Bereich Ellrich, wo es in einem Industriegebiet auf westlicher Seite brannte. Dort kamen neben den Feuerwehren aus den westlichen Orten Walkenried und Braunlage, auch die Feuerwehr aus dem östlichen Ellrich zum Einsatz.

Im Jahr 1959 brach es in der Gemarkung Blütling, Kreis Lüchow-Dannenberg in Niedersachsen ein Grasbrand aus, der später auf das Gebiet der DDR übergriff. Der Brand wurde von Angehörigen der FF Blütling und Kräften aus der DDR gemeinsam bekämpft.

Im Oktober 1961 brannte es in Großburschla. Der pioniertechnische Ausbau der Grenzanlagen durch die DDR verhinderte eine Löschhilfe von westlicher Seite. Eine gegenseitige Hilfe war erst wieder nach Öffnung der Grenze 1990 möglich.

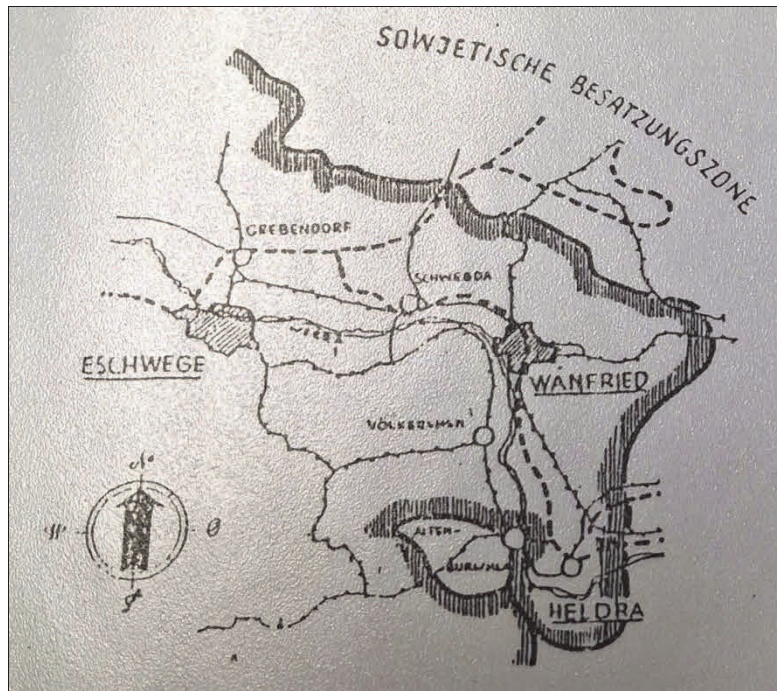
## Das Dorf Großburschla

Ist seit 1994 ein Stadtteil der von Treffurt im Wartburgkreis in Thüringen. Der Ort liegt im Werratal im äußersten Nordwesten des Kreises. Großburschla ist zu etwa 90 % von hessischem Gebiet umschlossen. Zur DDR-Zeit lag das Dorf im abgeriegelten

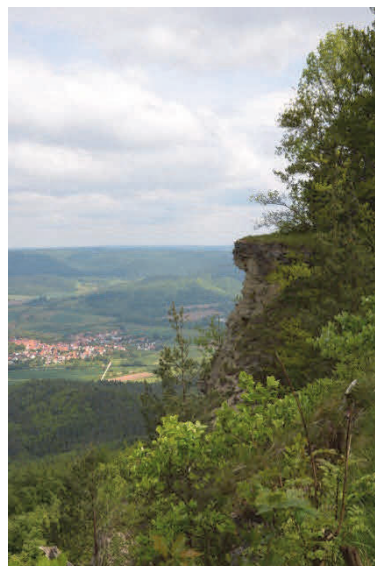


Rechts Großburschla und links Bahnhof Großburschla (Foto Jaretzki)

Grenzgebiet. Aufgrund einer besonderen Grenzziehung ragte Großburschla etwa 7 km in hessisches Gebiet hinein. Alle Verkehrswege führten durch Hessen und wurden durch die Grenzziehung unterbrochen. Der Bahnhof von Großburschla lag nun in der Gemarkung Heldra und war für Großburschla unerreichbar.



Somit war das Dorf auch komplett vom Eisenbahnnetz abgeschnitten. Um eine Verkehrsanbindung zu bekommen, wurde 1952 eine Straße vom Nachbarort Schnellmannshausen unterhalb des Heldrasteins gebaut. Das Gebiet war an der engsten Stelle gerade einmal 600 m breit und ähnelte einem „Flaschenhals“.



Die Abbruchkante des Heldrasteins (Foto Jaretzki)

Der Heldrastein ist ein 503 m hoher Berg der nach Norden mit einer markanten Felswand ins Werratal abbricht. Nach 1945, während der deutschen Teilung lag, der Heldrastein im DDR-Sperrgebiet.

Im Jahr 1968 wurde auf dem Berg, wegen seiner markanten Lage an der Grenze, eine durch Umzäunung und Wachposten gesicherte Funkaufklärungsstation der Staatssicherheit gebaut. Die Station erhielt den Tarnnamen „Kondor“. Ab 1973 unterhielt auch eine Einheit für Funkaufklärung des Grenzregiments in Mühlhausen einen Stützpunkt auf dem Heldrastein. 1980 entstand noch der Funktechnische Posten 713 der Funktechnischen Kompanie in Steinheid als Radarstation für die DDR-Luftstreitkräfte/Luftverteidigung. Die Einheit beobachtete den Luftraum über der „Thüringer Pforte / Thüringer Becken“. Die Funkmessstation P 15-M war mobil auf einem LKW SIL 157 K untergebracht. Aufgebaut wurde die Station jährlich vom 1. April bis zum 31. Oktober.

Seit 1890 befanden sich auf dem Heldrastein ein Aussichtsturm und ein Forsthaus. 1927 wurde eine Gaststätte errichtet. Nach Ende des zweiten Weltkriegs und der folgenden Zeit der deutschen Teilung war der Heldrastein Sperrgebiet. Der Turm blieb für die Bevölkerung ab 1952 unerreichbar. Aussichtsturm und Gaststätte wurden abgerissen. Um 1980 baute die DDR einen Gittermast mit einem Kuppelbau als Antennenträger.

1996 wurde der Turm der Abhöranlage in einen Aussichtsturm umgebaut. Als „Turm der Einheit“ ist er weithin sichtbar.



Der Aussichtsturm (Foto Jaretzki)

Heute ist der einstige Todesstreifen der innerdeutschen Grenze ein einzigartiger Lebensraum für Pflanzen und Tiere. Als „Grünes Band“ ist er in Thüringen seit 2018 Nationales Naturmonument (NNM) und unter Schutz gestellt.

## Das Jahr 1956

In der europäischen Zeitgeschichte nahm das Jahr 1956 einen besonderen Platz ein. Vom 14. bis 25. Januar 1956 fand in Moskau der XX. Parteitag der KPdSU statt. Nikita Chruschtschow, er war von 1953 bis 1964 Generalsekretär der KPdSU, leitete auf dem Parteitag mit einer beachteten Rede den Prozess der Entstalinisierung in der

Sowjetunion ein. Allerdings war der folgende Prozess nicht mit einer Kritik an dem herrschenden System verbunden. Chruschtschow initiierte noch zahlreiche Reformen in der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik der Sowjetunion. Die durch ihn vorgenommene Demontage der Person Stalins löste auch in der DDR eine Debatte über das herrschende Sozialismusbild aus und brachte so die Führung des Staates in Bedrängnis. Es wurden Hoffnungen auf eine Entstalinisierung in der SED und ihrer Herrschaft geweckt. Viele Intellektuelle, sie waren zuvor nicht mit Kritik am System aufgefallen, sahen die DDR 1956 an einem Scheideweg.

Mit dem Aufbau der Bundeswehr im Westen und der Nationalen Volksarmee (NVA) im Osten, begann die offizielle Wiederaufrüstung in den beiden deutschen Staaten.

Am 2. Januar rückten ca. 1.500 Freiwillige in die neu geschaffene Bundeswehr als westdeutsche Nahkriegsstreitkraft ein. Das Wehrpflichtgesetz der BRD wurde am 9. Juni vom Deutschen Bundestag verabschiedet und am 7. Juli die Einführung der Wehrpflicht beschlossen. Die Nationale Volksarmee der DDR wurde am 1. März gegründet

Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), mittlerweile als eine verfassungsfeindliche Partei eingestuft und am 17. August verboten.

In Ungarn begann am 23. Oktober der Volksaufstand. Am 30. Oktober gab Ministerpräsident Imre Nagy das Ende des Einparteiensystems und die Auflösung der bisher herrschenden kommunistischen Partei bekannt. Daraufhin rückten am 4. November sowjetische Panzer in Ungarn ein und begannen mit der gewaltsamen Niederschlagung des Volksaufstandes.

In der DDR blieb eine tiefgreifende Systemkrise, wie sie 1952/1953 ausbrach und nun mehrere Länder des Ostblocks ergriff, aus. Die politische Führung praktizierte eine Politik der „dosierten“ sozialen Zugeständnisse. Davon profitierte auch die Arbeiterschaft. Ihre materiellen Lebensumstände hatten sich zu verbessern begonnen. Der Lebensstandard in der DDR war höher als in den anderen ost-europäischen Staaten. Die herrschende Politik hatte sich den Veränderungen in der Gesellschaft angepasst, ohne jedoch die Grundstrukturen des Systems in Frage zu stellen. In der Gesellschaft hielt sich die soziale Unzufriedenheit der Intellektuellen in Grenzen, denn die "Intelligenz" genoss in der DDR eine materielle Förderung. Diese war in bei den östlichen Nachbarn unbekannt. Deshalb hatte sich in der DDR auch weniger Zündstoff als beispielsweise in Ungarn angestaut.

Zur Lage in der DDR gegenüber den anderen Ostblockländern bestand ein weiterer wesentlicher Unterschied. In der DDR konnte die Bevölkerung dem von der SED-Führung ausgehenden politischen und wirtschaftlichen Druck, durch Abwanderung nach Westdeutschland, entgehen.

Auch herrschte im Volk der Glaube an eine Wiedervereinigung Deutschlands. Dieser Glaube wurde von der politischen Führung, trotz der Tatsache dass sich die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in der DDR grundsätzlich verändert hätten, gefördert.

Innerhalb der SED bildete sich eine reformwillige Strömung heraus. Diese wollte durch Korrekturen der Herrschaftspraxis einen "menschlichen Sozialismus" etablieren.

Jegliche Diskussion über politische Kursänderungen infolge des XX. Parteitages der KPdSU, wurde von Walter Ulbricht dem 1. Sekretär der SED blockiert. Ulbricht war ab 1949 stellvertretender und von 1955 bis 1960 erster stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats. Bis 1971 übte er die Funktion des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrats aus. Bis zu seinem Tod 1973 war er Vorsitzender des Staatsrats der DDR. Also der mächtigste Mann der DDR zu dieser Zeit.

Für Ulbricht hatte die Konsolidierung der Lage in der DDR, angesichts der anhaltenden Abwanderung in Richtung Bundesrepublik, Priorität. Die begonnene „wissenschaftlich-technischen Revolution“, ein staatliches Programm zur Steigerung der Produktivität durch Verknüpfung von wissenschaftlichen Erkenntnissen mit sozialistischen Ideen, sollten zu einer Modernisierung der Volkswirtschaft führen. Weder Debatten in der Öffentlichkeit, noch innerhalb der SED, durften hier stören. Trotzdem regte sich Unmut über Ulbrichts Führungsstil.

Die Angst vor einem Machtverlust der Staatsführung verhinderte personelle und strukturelle Veränderungen. Die Entwicklung in Ungarn führte den Herrschenden in der DDR drastisch vor Augen, dass ein Reformprozess rasch zur Infragestellung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung führen konnte. Der Herrschaft der Staatspartei stand auf dem Spiel.

So zeigte sich bereits um die Jahreswende 1956/57 das Ende des politischen "Tauwetters" an. Als Begründung dienten die "konterrevolutionären" Ereignisse in Ungarn. Die SED-Führung eröffnete den Angriff auf Diejenigen, welche Veränderungen im politischen System des Staates gefordert hatten. Sie startete im Verlauf des Jahres 1957 eine breite Kampagne gegen den "Revisionismus". Man hatte Angst vor "staatsgefährdende Aktionen" und so gerieten alle, die seit dem XX. Parteitag der KPdSU mit kritischen Beiträgen und Äußerungen auch publizistisch in Erscheinung getreten waren, ins Visier der Staatsmacht.

Wiederum half, wie nach der Niederschlagung des Volksaufstandes 1952/1953, die Justiz mit politisch motivierten Strafprozessen die Macht zu erhalten. Am 27. November 1956 beschloss das Politbüro missliebige Personen im eigenen Bereich verhaften zu lassen. So erging am 6. Dezember der Haftbefehl gegen den Leiter des 1945 in Berlin gegründeten Aufbau-Verlages. Der Verlag entstand im Auftrag des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschland“.

Das Politbüro bezeichnete auf seiner Sitzung am 18. Dezember, die Tätigkeit einer Gruppe um den Philosophen und Journalisten Wolfgang Harich als „Staatsverrat“. Er wurde in einem Schauprozess im März 1957 wegen „Bildung einer konspirativen staatsfeindlichen Gruppe“ zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die im März und Juli 1957 abgehaltenen Prozesse vor dem Obersten Gericht der DDR bildeten den Auftakt zu einer Serie von Partei- und Gerichtsverfahren gegen jene, die seit dem Sommer 1956 für Veränderungen in Partei und Gesellschaft eingetreten waren.

Mit dem Jahresbeginn 1957 setzte eine „Revisionismuskampagne“ ein, welche sich insbesondere in der Kultur- und Hochschulpolitik verheerend auswirkte. Damit endeten die mit dem XX. Parteitag der KPdSU verbundenen Hoffnungen auf eine Entstalinisierung in der DDR und damit auch in der SED.

## Die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR

Die Grenze zwischen DDR und BRD war ca. 1.400 km lang. Sie reichte von der Ostsee bis zur Tschechoslowakei. Die Grenzanlagen wurden im Laufe der Zeit immer weiter ausgebaut und vervollkommen. Ihre Aufgabe bestand darin, Fluchtversuche aus der DDR in die BRD um jeden Preis zu verhindern.

Beide deutsche Staaten bezeichneten die deutsch-deutsche Grenze bis 1956 offiziell als „Demarkationslinie“. Es gab keine Sperranlagen. Sie war offen und konnte ohne Probleme passiert werden. Danach wurde sie von der DDR als „Grenze“ und ab 1964 als „Staatsgrenze der DDR“ bezeichnet.

In Westdeutschland blieb sie die „Demarkationslinie“, umgangssprachlich häufig auch die „Zonengrenze“ genannt, denn die DDR galt bis zum Abschluss des Grundlagenvertrags 1973 als „Sowjetische Besatzungszone“ (SBZ), „Sowjetzone“, „Ostzone“ oder schlicht als „Zone“. Bis zur Wiedervereinigung setzten die Zeitungen des Springerverlags, allen voran die Bild-Zeitung, die Abkürzung „DDR“ nur in „Gänsefüßchen“. Die Anführungsstriche sollten damit die Nicht-Anerkennung der DDR durch den Verlag auszudrücken.

Auf der Grundlage der „Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen“ vom 26. Mai 1952, wurde die Grenze einseitig von der DDR geschlossen und im Hinterland ein fünf Kilometer breites Sperrgebiet eingerichtet. Bewohner die als „politisch unzuverlässig“ galten wurden im Rahmen der „Aktion Ungeziefer“, teilweise in „Nacht- und Nebelaktionen“, aus dem Sperrgebiet ausgewiesen und in weiter östlich in der DDR liegende Gebiete zwangsumgesiedelt. Die im Sperrgebiet verbliebenen Bewohner durften dieses nur mit einem Passierschein betreten. Dafür wurden zahlreiche Kontrollpunkte eingerichtet. Der grenznahe Verkehr mit Interzonenpässen wurde aufgehoben. Der Grenzstreifen wurde gerodet und streng überwacht. Nur mit Sondergenehmigung und mit einem Stempel im Personalausweis wurde der Grenzübertritt gestattet.

Auf westdeutschem Gebiet entlang der Grenze zur DDR und zur Tschechoslowakei wurde ein etwa 40 km breiter Streifen als Zonenrandgebiet ausgewiesen. Mit einer sogenannten „Zonenrandförderung“ sollte der wirtschaftlichen Benachteiligung und der damit verbundenen Abwanderung aus diesen Gebieten entgegengewirkt werden.

Am 18. Juni 1954 trat in der DDR die „Anordnung über die Neuregelung der Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der DDR und Westdeutschland“ in Kraft. Sie regelte die verstärkten Abriegelungen der DDR.

Diese Verordnung wurde von der „Verordnung zur Erleichterung und Regelung der Maßnahmen an der Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik“ vom 3. Mai 1956 abgelöst. Am 19. März 1964 trat schließlich die „Verordnung zum Schutze der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik“ in Kraft. Das „Gesetz über die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 25. März 1982 galt dann bis zum Inkrafttreten des Einigungsvertrages.

Als die Bundesrepublik Deutschland 1972 im Grundlagenvertrag die DDR staatsrechtlich als eigenen Staat anerkannte, wurde die innerdeutsche Grenze auch formal eine Staatsgrenze. Allerdings wurde die DDR bis zu ihrem Ende durch die Bundesrepublik Deutschland nie völkerrechtlich als Ausland angesehen. Im Grundgesetz der Bundesrepublik war ein Wiedervereinigungsgebot festgelegt. Dadurch wurde die 1967 von der DDR eingeführte eigene Staatsbürgerschaft durch die Bundesrepublik so ausgelegt, dass Bürger der DDR als Deutsche im Sinne der Artikel 16 und 116 des Grundgesetzes galten.

Der Grundlagenvertrag zwischen BRD und DDR wurde am 21. Dezember 1972 geschlossen. Die Bundesrepublik ratifizierte ihn am 11. Mai und die DDR am 13. Juni 1973. Der Vertrag trat dann am 21. Juni 1973 in Kraft.

Mit dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 begann die DDR auch die innerdeutsche Grenze massiv auszubauen. Mit Signalzäunen, Selbstschussanlagen und Minenfeldern wurde sie im Lauf der Zeit so gut wie unüberwindbar.

Nach der Öffnung der Berliner Mauer wurden bereits 1989 erste Rückbauarbeiten an den deutsch-deutschen Grenzanlagen begonnen. Der Rückbau der innerdeutschen Grenze dauerte bis Mitte der 1990er Jahre an. Der Abriss der Berliner Mauer fand von Juni bis November 1990 statt. Die Zuständigkeit für den Rückbau lag bei den Grenztruppen der DDR. Hilfe leisteten dabei die Bevölkerung und Unternehmen.

Der Grenzstreifen wurde zu einer besonderen Ökozone als „Grünes Band“ bezeichnet umgewandelt. Das Grüne Band Deutschland war das erste gesamt-deutsche Naturschutzprojekt. Es umfasst den Geländestreifen zwischen ehemaliger innerdeutscher Grenze und den Grenzanlagen auf östlicher Seite. Das Grüne Band ist der größte Biotopverbund Deutschlands. Auf seinen Flächen mit den dazugehörigen über 150 Naturschutzgebieten kommen mehr als 1.200 in Deutschland bedrohte Tier- und Pflanzenarten vor.

## Die Grenzsicherungsanlagen

Mit dem Ausbau der Grenzanlagen zu den Westzonen Deutschlands wurde vonseiten der Sowjetunion bereits 1945 begonnen. An Straßen und Wegen standen schwarz-weiße oder gelb-weiße Hinweisschilder von 60 mal 40 cm mit den Aufschriften „Sperrgebiet“ oder „Grenzgebiet“. Sie waren an rotweiß gestreiften Holz- oder Betonpfosten befestigt. Es fanden sich erste Schlagbäume und Stacheldrahthindernisse. Ergänzt wurde dies alles 1946 durch das Anlegen von Sichtschneisen in Bereichen der Land- und Forstwirtschaft.

Ab 1949 errichtete man hölzerne Beobachtungstürme an prädestinierten Stellen wie beispielsweise Anhöhen mit guten Sichtmöglichkeiten.

Entlang der Grenze zur Bundesrepublik galt seit 1952 die Verordnung des Ministerrates der DDR vom 26. Mai 1952. Sie sah die Abriegelung Gebietes der DDR gegen die BRD und einen zügigen Ausbau der Grenze, einschließlich des forcierten Baus von Beobachtungstürmen vor. Zunächst wurde auf dem Gebiet der DDR ein 5 Kilometer breites Sperrgebiet eingerichtet. Im Sperrgebiet selbst lag an der Grenze ein 500 Meter breiter Schutzstreifen. Direkt davor befand sich ab der Grenzlinie ein 10 Meter breiter Kontrollstreifen. Der Kontrollstreifen durfte nicht betreten werden und um Betretungsspuren festzustellen war der Streifen gepflegt und teilweise geeggt.

Landläufig nannte man den Kontrollstreifen auch „Todesstreifen“. 1955 wurde begonnen einen 1-reihigen Stacheldrahtzaun ab Grenzlinie zu errichten. Diesen Zaun ergänzte ab 1958 ein 100 m ins Hinterland versetzten 2-reihigen Stacheldrahtzaun. Diese Maßnahmen waren eine Reaktion auf die zunehmenden Flucht-bewegungen. Zunächst standen hölzernen Türme entlang der Grenze.

Ab 1961 ergänzten die Spurensicherungsstreifen K 6 die Grenzanlagen. Das waren gegegte und geharkte Streifen von in der Regel 6 m Breite. Die Streifen dienten dem Nachweis versuchter oder erfolgreicher Grenzdurchbrüche. Sie befanden sich zwischen den Kolonnenwegen und evtl. vorhandenen KFZ-Sperrgräben. Weiterhin befanden sich K 2 Streifen, 2 m breit, unmittelbar an der Grenze am Grenzsignalzaun. Seit 1960 verlegte die DDR entlang der Westgrenze Anti-Personen-Minen, die später wieder abgebaut wurden.

In den 1960er Jahren wurden die Holztürme durch runde Betontürme des Typs BT-11 ersetzt. Diese Türme bestanden aus vorgefertigten runden Betonelementen und einer oben aufgesetzten Beobachtungskanzel. Versetzte Metalleitern führten über zwei bis drei Zwischenebenen nach oben. Die Kanzel bot für vier bis fünf Soldaten Platz. Hier befanden sich Sitzgelegenheiten und Waffenständer. Weitere Aus-rüstungen waren Luftfilteranlage, Signalmittel, Dienstbuch und Kartenmaterial. Zur Ausstattung gehörte noch ein Kennzeichenverzeichnis des Bundesgrenzschutzes (BGS). Ein Anschluss zum Grenzmeldenetz (GMN) und eine Elektroheizung waren ergänzten die Ausrüstung. Die Dachterrasse war durch eine Reling aus Stahlrohr gesichert. Sie konnte über eine verschließbare Luke aus Stahlblech betreten werden. Auf der Dachterrasse befand sich ein schwenkbarer Suchscheinwerfer

Ab den 1970er Jahren standen dann an der Grenze viereckige Türme vom Typ BT-9. Diese hatten einen quadratischen Querschnitt von 2 x 2 m und einer Höhe von 9 m. Die Türme waren aus Betonfertigteilen errichtet. In ihnen befanden sich Schlaf- und Aufenthaltsräume. Weiterhin waren Beobachtungsräume vorhanden. Sie verfügten über eine oben aufgesetzte Beobachtungskanzel. Auf dem Dach war ein schwenkbarer Suchscheinwerfer aufgebaut. Die Türme waren mit technischen und sanitären Einrichtungen ausgestattet.

Es gab auch größere Türme vom Typ BT 4 x 4. Ab etwa 1980 wurden sie als Ersatz für die alten unterirdischen Führungsstellen FB-3 errichtet. Mit den quadratischen Außenmaßen von etwa vier Metern hatten sie eine Höhe von rund neun Metern. Die Türme verfügten über mehrere Etagen. Die obere Etage war nicht nur als Beobachtungsposten, sondern auch mit entsprechend ausgerüsteten Signal- und Kommunikationsanlagen, ausgestattet. Ständig besetzt konnte von hier ein bestimmter Grenzabschnitt überwacht werden. In der mittleren Etage war Platz für eine Alarmgruppe. Im Untergeschoss und in der Kellerebene befanden sich weitere technische Anlagen. Auf dem Dach fand sich ebenfalls ein Suchscheinwerfer.

Im Laufe ihres Bestehens baute die DDR die Grenzanlagen ständig bis zur Grenzöffnung 1989 weiter aus.

## Die Organe der Grenzsicherung

An den Grenzen der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) standen 1945 Einheiten der Roten Armee. Zu ihrer Unterstützung zogen sie einzelne deutsche Polizisten heran.

Zur Überwachung der Demarkationslinie zwischen den Besatzungszonen wurde ab 1. Dezember 1946, auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), die Grenzpolizei (GP) aufgestellt. Als Hilfsorgan der SMAD war sie bei den Polizeibehörden der Länder angegliedert. Ihre Aufgaben bestanden darin, die strategischen Ziele der SMAD in konkrete, alltägliche Maßnahmen umzusetzen. Die operative Führung oblag hier den Abschnittskommandos der sowjetischen Truppen.

Die Einheiten der Grenzpolizei gehörten zunächst zum Dienstzweig Schutzpolizei des jeweiligen Landes. Zum Ende der 1950er Jahre verfügten die Angehörigen der Grenzpolizei neben ihrer polizeilichen Ausrüstung über rund 1.600 Panzerabwehrkanonen (Pak), 102 weitere Geschütze, 18 Flugabwehrgeschütze (Flak) und 69 gepanzerte Fahrzeuge.

Vom 16. Mai 1952 bis zum 15. September 1961 lautete die Bezeichnung der Grenzpolizei dann Deutsche Grenzpolizei (DGP). 1949 gründete sich durch Zusammenschluss der Länder der SBZ, die Deutsche Demokratische Republik. An Stelle der SMAD trat nun die Sowjetische Kontrollkommission (SKK). Die DDR bekam Teilaufgaben der Grenzsicherung übertragen. Die Grenzpolizei wurde zu einem eigenständigen Teil der Bewaffneten Organe der DDR. Ab 1957 wandelte sie sich zu einer paramilitärischen Truppe. Die nach der Staatsgründung anstelle der SMAD gebildete Sowjetische Kontrollkommission (SKK) übertrug nun Teilaufgaben der Grenzsicherung an die DDR-Organen. Die DGP übernahm nun die alleinige Grenzsicherung.

Im März 1956 wurde die Nationale Volksarmee (NVA) gegründet. Sie war nun die Armee der DDR und die Organe der Grenzsicherung bezog man nun in das „System der Landesverteidigung“ ein. Am 1. März 1957 wurde das Kommando der Deutschen Grenzpolizei (Kdo DGP) in Pätz südlich von Berlin eingerichtet.

Der Befehl Nr. 48/57 des Ministers des Innern vom 14. August 1957 wies der Deutschen Grenzpolizei (DGP) auch militärische Aufgaben zu. Der Auftrag der Grenzpolizei wurde neu gefasst. Im Rahmen der militärischen Sicherung der Grenze gegen Angriffe von außen mussten die Grenztruppen im Falle eines bewaffneten Konflikts in der Lage sein, Gefechtsaktionen an der Staatsgrenze durchzuführen. Aus diesem Grund wurden paramilitärische Strukturen geschaffen und die entsprechende Bewaffnung und Ausrüstung zugeführt.

Am 13. August 1961 schloss die DDR die Sektorengrenze nach West-Berlin. An dieser Maßnahme waren neben Einheiten der Deutschen Grenzpolizei, Angehörigen der Kampfgruppen, Volkspolizisten auch Soldaten der NVA beteiligt.

Auf Befehl des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates vom 15. September 1961, wurde das Kommando der Deutschen Grenzpolizei (DGP) und dessen nachgeordneten Verbände und Truppenteile, aus dem Bestand der bewaffneten Kräfte des Ministeriums des Innern (Mdl) herausgelöst. Es wurde zum „Kommando Grenztruppen der Nationalen Volksarmee“ umformiert. Betroffen waren rund 38.000 Angehörige der Deutschen Grenzpolizei. Im Oktober 1962 entstanden militärisch ausgerichtete Grenzregimenter. Die Mannschaftsstärke betrug nun ca. 52.000 Mann. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Deutsche Grenzpolizei als Bewaffnung in ihrem Bestand 70 Panzer, 373 Schützenpanzerwagen, 2.813 leichte Maschinengewehre, 274 rückstoßfreie Geschütze (82/107 mm), 144 selbstfahrende Kanonen sowie 2784 Panzerbüchsen. Ab 1973 hatten die Grenztruppen einen Sonderstatus als

eigenständige militärische Formation. Sie waren direkt dem Ministerium für Nationale Verteidigung MfNV unterstellt.

Der Minister für Nationale Verteidigung der DDR erhielt im September 1961 vom Oberkommandierenden der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) ein Schreiben. Dieses enthielt Forderungen zur Errichtung weiterer Sperr- und Signalanlagen an der Grenze zur Bundesrepublik. So wurde u. a. auch das Anlegen von Minenfeldern gefordert. Zum Einsatz kamen hier auch Pioniereinheiten der Landstreitkräfte der NVA. Der Ausbau wurde in den 1960er Jahren in vier Etappen vollzogen

Mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der DDR am 24. Januar 1962 wurden nun auch Wehrpflichtige zu den Grenztruppen eingezogen. Bei ihrer Rekrutierung legte man besondere Berücksichtigung auf ihre ideologische Zuverlässigkeit.

Im September 1963 wurde sämtliche Panzer- und Artillerietechnik von den Truppenteilen an der Grenze zur Bundesrepublik dauerhaft abgezogen. Im Bestand blieb nur noch leichte Infanteriebewaffnung. Nach Schließung der Grenze war die Anzahl der Fluchtversuche an der Westgrenze in großem Maße gestiegen. Alle zur Verfügung stehenden Kräfte mussten nun zur Fluchtverhinderung eingesetzt werden, ohne jedoch auf die militärische Aufgabenstellung zu verzichten. Im Bestand blieb nur leichte Infanteriebewaffnung.

Aufgrund begrenzter personeller Ressourcen waren die Grenztruppen, aber auch die Grenzpolizei, ständig bemüht unter der Bevölkerung Helfer im Grenzgebiet zu gewinnen. Sie wurden als Informanten aber auch im Streifendienst zur Erfüllung der „Fluchtverhinderung“ eingesetzt. Nach Schätzungen waren aber nur bis zu 15 Prozent der Bewohner dazu in irgendeiner Weise bereit.

Im Unterschied zu den Einheiten an der Westgrenze waren die Truppenteile im Bestand der Stadtkommandantur Berlin mit Panzer- und Artilleriebewaffnung ausgestattet. Im Verteidigungszustand waren diese Einheiten zur Mitwirkung an der Operation der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages zur Einnahme von West-Berlin vorgesehen.

Im Rahmen der Abrüstungsverhandlungen 1973 sollten die Grenztruppen aus der Personalstärke der DDR-Streitkräfte herausgerechnet werden. Daher wurde die Bezeichnung „Grenztruppen der NVA“ in Grenztruppen der DDR“ gewechselt. Auf Unterstellung, Aufgaben und Handlungsweisen hatte dies keinen Einfluss.

Die Aufgabe der Grenztruppen im Frieden bestand in der Verhinderung von Fluchten aus der DDR. Das gleiche galt auch für Grenzprovokationen auf das Hoheitsgebiet der DDR.

Im Fall bewaffneter Konflikte und im Verteidigungszustand sollten die Grenztruppen Gefechtshandlungen an der Staatsgrenze führen. Eine weitere Aufgabe bestand darin, die Heranführung von Streitkräften des Warschauer Vertrages an die Staatsgrenze unterstützen.

## Die Beratung am 23.5.1956

Um örtliche Schwierigkeiten, die sich für die beiden angrenzenden Kreise Eisenach und Eschwege durch die Zonengrenze ergeben, soweit wie möglich zu regeln, trafen sich am 23. Mai 1956 der Vorsitzende des Rates des Kreises Eisenach Otto Kilius und der Landrat des Kreises Eschwege, Hans-Jochen Kubitz. Die Gäste aus Eisenach kamen mit einem PKW über die Grenzübergangsstelle Wartha – Herleshausen.

An der Besprechung in der Gaststätte Schweißhelm in Röhrda nahm auf Eisenacher Seite noch der Sekretär des Rates des Kreises Ernst Becker teil.

Landrat Kubitz hatte Regierungs-Amtmann Schnitzer, Regierungsrat Lindner vom Hauptzollamt Hersfeld und Polizeioberkommissar Schröder mitgebracht.

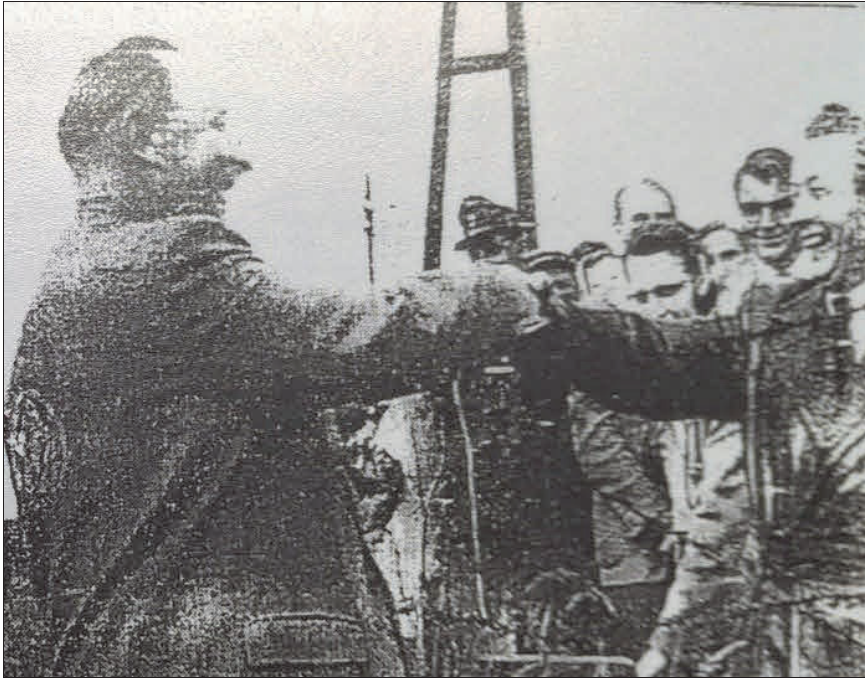
Die Aussprache verlief offen und freundschaftlich und brachte erfreuliche Ergebnisse. Man vereinbarte eine gegenseitige Feuerlöschhilfe im Raum Großburschla. Wenn im Sägewerk am Bahnhof ein Feuer ausbrach, sollen die Feuerwehren aus Großburschla und Treffurt über die Grenze hinweg zum Einsatz kommen. Andererseits sollen die Wehren aus dem Westen den 10 m Streifen überschreiten können, wenn in Großburschla ein großes Feuer ausbricht. Man vereinbarte, dass eine Übung nach dem 6. Juni am Bahnhof Großburschla stattfinden solle. Um die gegenseitige Hilfe in der Praxis ausprobieren zu können, sollten auch die Feuerwehren von Großburschla und Treffurt eingebunden werden. Auch andere Themen kamen zur Sprache, wobei politische Gespräche allerdings strikt vermieden wurden.

Auf der Fahrt von Röhrda nach Eschwege wurde in Datterode ein Halt eingelegt. Landrat Kubitz zeigte den Gästen aus dem Osten das dortige Schwimmbad. In Eschwege wurde ein kurzer Spaziergang in der Innenstadt unternommen. Im Anschluss folgte eine kurze Besprechung im Landratsamt.

Bei dem Zusammentreffen der beiden „Kreisoberen“ wurde u. a. vom Landrat Kubitz der Wunsch geäußert, dass Kilius der Vorsitzende des Kreises Heiligenstadt zu einem Gespräch mit ihm anregen möchte. Dabei sollte es vor allem darum gehen, dass die Boote des Eschweger Ruderclubs die Werra bei Oberrieden befahren dürfen. Auch sollten Unklarheiten bei einem Weg von Wanfried nach Döringsdorf besprochen werden.

## Die Lagebesprechung in Großburschla vor der Übung

Im Vorfeld der Übung trafen am 27. Juni der Vorsitzende des Rates des Kreises Eisenach Otto Kilius und der Sekretär des Rates des Kreises Ernst Becker, mit einem dunkler EMW, in Großburschla ein. Vorsitzender Kilius, bekleidet mit einem dunklen Ledermantel und einer braunen Ballonmütze, ging auf eine Gruppe von Journalisten und Angehörigen vom Zollgrenzdienst und Bundesgrenzschutz, welche hinter der Grenze auf westlicher Seite standen, zu. An seiner Seite der Kreissekretär in einem modernen Sportsakko. Empfangen wurden die beiden vom Landrat des Kreises Eschwege, Hans-Jochen Kubitz. Beide reichten sich die Hände über den Stacheldraht hinweg.



Handsclag über den Grenzzaun

An der Begegnung am Grenzzaun war auch ein Reporter des Hessischen Rundfunks aus Kassel anwesend. Während der Bandaufnahme „korrigierte“ Kiliyas den Rundfunkreporter, dass sie sich nicht an der Grenze der „Sowjetzone“ sondern an der Grenze der „Deutschen Demokratischen Republik“ befinden. Das sei wichtig, sagte Kiliyas, der von Landrat Kubitz mit „Kollege Kiliyas“ angedredet wurde. Weiterhin sagten die Besucher aus dem Kreis Eisenach, dass eine solche gesamtdeutsche Zusammenarbeit wie sie hier erstmals vereinbart wurde, Schule machen könnte. Voraussetzung sei aber, dass es keinen kalten Krieg gibt. Dazu wäre eine andere Politik der „höheren Ebene“ in der Bundesrepublik notwendig.

Ernst Becker bemerkte, dass er in Treffurt als Sohn eines Arbeiters aufgewachsen war, nach Kriegsende drei Jahre lang mit dem Fahrrad von Treffurt zur „Friedrich-Wilhelm-Schule“ in Eschwege gefahren sei. Dann konnte sein Vater das Schulgeld nicht mehr bezahlen.

Die beiden Besucher wollten sich gleich die Örtlichkeit der Übung ansehen. Eine anschließende Besichtigung war nur von kurzer Dauer, denn Kiliyas schlug vor, erst einmal einen Imbiss einzunehmen.

Wenig später überschritten die beiden Gäste aus dem Osten zusammen mit Landrat Kubitz den 10-Meter-Streifen an den DDR Grenzpolizisten vorbei zu dem wartenden Wagen. Begleitet wurden sie vom Polizei-Oberkommissar Erich Schröder, er war zivil gekleidet, dem Kreisbrandinspektor Albert Götting, dem Eschweger Stadtbrandinspektor Helmut Gerlach und dem Geschäftsführer des Kreisfeuerwehrverbandes Eschwege August Theis.

Der Imbiss fand in der Gemeindeschänke von Großburschla statt. Die Situation wurde beratschlagt und die Runde war sich einig, dass bei einem Brand im Ortsteil

Großburschla/Bahnhof östliche Löschhilfe geleistet werden soll. Man beschloss noch am selben Tag eine entsprechende Übung anzusetzen.



Stadtbrandmeister Gerlach aus Eschwege und der Ortsbrandmeister aus Altenburschla auf DDR Gebiet



August Theis überschreitet die Grenze

Kamerad Theis vom Kreisfeuerwehrverband Eschwege fuhr daraufhin an die Grenze mit dem Auftrag die Feuerwehren im Westen zu alarmieren.

## Die Übung

Der Alarm für die Feuerwehren von Großburschla und Treffurt auf DDR-Seite und von Heldra, Wanfried, Altenburschla und Eschwege im Westen erfolgte 16.45 Uhr. Die Einwohner von Großburschla und Altenburschla wurden Zeugen dieses ersten Einsatzes von Feuerwehren von Ost und West über die Zonengrenze hinweg. Großburschla verfügte auch für den Fall größerer Brände, über eine ausreichende Löschwasserversorgung. Zwei Bäche durchflossen das Dorf und in unmittelbarer Nähe, am Ortsrand, floss die Werra. Als Brandobjekt wurde das Sägewerk Ruhlandt angenommen. Das Werk befindet sich in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof Großburschla. Hier war die Löschwassersituation völlig anders. Selbst die Anlage eines Löschwasserteichs wäre sehr schwierig. Eine Wasserentnahme aus der 500 m entfernten Werra verhinderten die Sperranlagen der Zonengrenze.

Die Feuerwehren Großburschla und Treffurt wurden gleichzeitig alarmiert.



Die Straße von Großburschla zum Sägewerk, die Grenze verlief unmittelbar vor den linken Häusern

Die Freiwillige Feuerwehr Großburschla rückte aus. Sie überquerte die Werrabrücke in Richtung Sägewerk. Links neben der Brücke richtete sie am Flußufer die Wasserentnahmestelle ein und begann sofort mit dem Aufbau der Löschwasserleitung. Nach ca. 8 Minuten wurde das erste Wasser gefördert. Eine B-Schlauchleitung beförderte das Wasser über die Grenze.



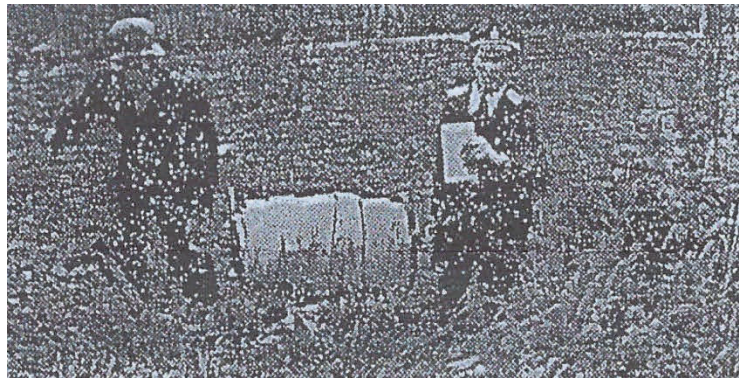
Die letzte Verstärkerkraftspritze vor der Grenze

Die letzte Verstärkerkraftspritze stand auf der Ostseite unmittelbar vor der Demarkationslinie.

Nun wurde die Leitung in Richtung Sägewerk weiter aufgebaut. Kurz vor der Grenze stockte das Verlegen des Schlauches. Die Straße war durch einen Stacheldrahtverhau gesperrt. Rechts und links neben der gesperrten Fahrbahn verliefen die Grenzzäune durch die Landschaft.

An dieser Sperre standen zwei olivgrün gekleidete Grenzpolizisten der DDR. Es waren dies, der Chef der Grenzpolizei Großburschla Leutnant Fritz Meifahrt und sein Kollege aus Creutzburg. Auf die fragenden Blicke der mit dem Schlauch angekommenen Großburschlaer Feuerwehrmänner, wiesen die beiden in Richtung des Straßengrabens. Dort war aus dem Grenzzaun ein Feld entfernt worden. Lediglich der Zehnmeter-Streifen markierte noch die Grenze.

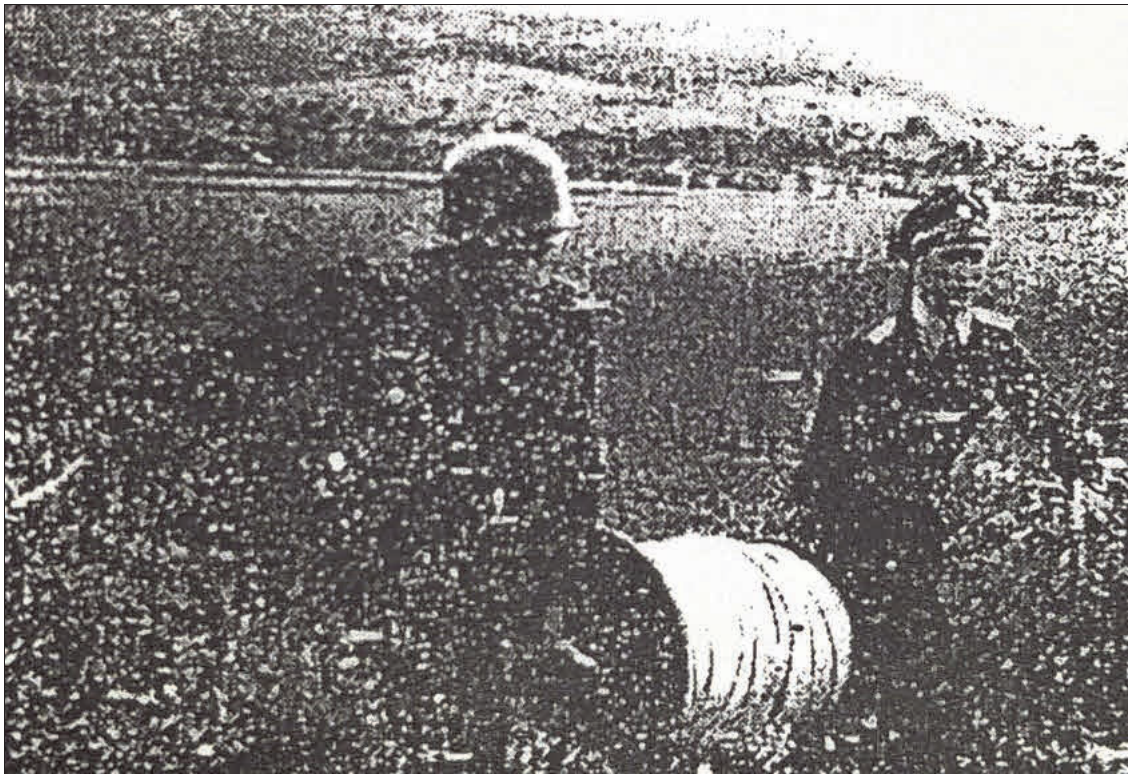
Vorgesehen war dass die Feuerwehr Großburschla hier die Leitung an die Kameraden aus dem Westen übergibt. Die Grenze sollte nicht von ihnen überquert werden.



Die Schläuche werden durch den Straßengraben zur Öffnung im Grenzzaun getragen



Die beiden Grenzpolizisten auf der Ostseite



Die Öffnung im Zaun wird passiert. Rechts der Ortsbrandmeister von Großburschla



Die Schlauchverlegung auf westlicher Seite

Das passierte allerdings nicht. Die Großburschlaer Feuerwehrangehörigen setzten sich über die Anweisung einfach hinweg und bauten die Leitung nun auf der westlichen Seite auf der Straße bis zum Sägewerk weiter auf.

Inzwischen war die Freiwillig Feuerwehr Heldra am Übungsort eingetroffen. Die Heldraer Tragkraftspritze, eine TS 4, wurde in Stellung gebracht und die Schlauchleitung aus Großburschla angekuppelt. Nach Setzen des Verteilers und dem Ankuppeln von C-Leitungen für den Löschangriff, begannen die Kameraden mit Strahlrohren die Brandbekämpfung aufzunehmen.



Der 600 m lange Schlauch wird an die Tragkraftspritze im Westen angekuppelt

Etwa 25 Minuten nach der Alarmierung traf die Freiwillige Feuerwehr Treffurt in Großburschla ein. Aufgrund der Grenzsperranlagen mussten sie mit ihrem Löschgruppenfahrzeug LF 15 Opel einen großen Umweg über Schnellmannshausen und die Straße am Heldrasteinfahren.

In Großburschla angekommen, wurde die Wasserentnahmestelle für ihre Tragkraftspritze TS 8/8, neben der Pumpe von Großburschla, eingerichtet. Nun baute man eine weitere B-Schlauchleitung zum Sägewerk auf. Dort angekommen übernahm das Löschgruppenfahrzeug der Feuerwehr Eschwege den Weitertransport des geförderten Löschwassers. Mit 7 Strahlrohren wurde der Löschangriff auf dem Gelände des Sägewerks vorgetragen.

Mittlerweile vermischten sich die Uniformen der Feuerwehrmänner aus Großburschala, Heldra, Wanfried, Eschwege und Treffurt zu einer nicht mehr zu unterscheidenden Einheit.

An den ausgelegten B-Schlauchleitungen wurden Schlauchreserven gelegt. Sicherungsposten überwachten die Leitung auf ihrer ganzen Länge um geplatze Schläuche sofort austauschen zu können.



Posten der Feuerwehr Eschwege bei der Schlauchaufsicht

Auf westlicher Seite hatten sich mittlerweile Bewohner aus dem Ortsteil Großburschla-Bahnhof und weitere Zuschauer, unter diesen zahlreiche Reporter und Fotografen, eingefunden. Die Grenze in Richtung Osten durften sie allerdings nicht überschreiten. In Großburschla war der Zivilbevölkerung nicht gestattet worden, in Grenznähe zu kommen.

Wer von Großburschla West nach Großburschla Ost wollte, musste einen über mehr als 100 km weiten Umweg über die Grenzübergangsstelle Herleshausen / Wartha in Kauf nehmen.



Auf der Westseite der Grenze hatten sich mittlerweile zahlreiche Zuschauer eingefunden



Das Löschfahrzeug aus Eschwege hat kurz von der Grenze Aufstellung genommen



Leutnant Meyfarth und sein Kollege

Die beiden Offiziere der Grenzpolizei wachten mit Argusaugen darüber, dass keine Zivilisten aus dem Westen die Grenze überschritten. Das sollte auf keinen Fall passieren.

Der Versuch von Westjournalisten mit ihren Kollegen von Thüringer Zeitungen, über den Stacheldraht ins Gespräch zu kommen, wurde nicht gestattet. Leutnant Maifahrt ließ dann sich später in ein Gespräch mit einigen Feuerwehrleuten aus Altenburschla und Heldra ein.



„Wasser Marsch“ Kreisbrand-Inspektor Albert Götting  
und zwei Feuerwehrleute aus Großburschla

## Die Auswertung der Übung

Die Schlussbesprechung fand am Grenzzaun auf DDR-Gebiet statt. Anwesend waren die Feuerwehr-Obrigen aus Ost und West sowie einer Handvoll Journalisten aus Hessen und Thüringen.

Der Eschweger Kreisbrandinspektor Götting gab einen Überblick der Übung. Er sagte, dass alle Wehren mit beruhigender Schnelligkeit an der Brandstelle eingetroffen waren. Es wurden auch kleinere Mängel, wie beispielweise unbesetzte Telefone, schadhafte Zündkerzen an den Motorspritzen, festgestellt. Er wies aber auch darauf hin, dass im „Ernstfall“ sieben Strahlrohre für die Brandbekämpfung nicht ausgereicht hätten. In weiteren Besprechungen wird zu klären sein, ob die Wehren aus dem Westen die Grenze überschreiten könnten, um Werrawasser zu fördern.

Der Leiter der Abteilung Feuerwehr im VPKA Eisenach Pechtel, bemerkte, dass alles reell zugegangen sei. Die Wehren aus dem Kreis Eisenach hätten von der Übung im Vorfeld nichts gewusst.

Nachdem die Schlauchleitungen zurückgebaut und die restlichen Ausrüstungen auf den Fahrzeugen bzw. Anhängern verstaut war, trafen sich die Feuerwehr-angehörigen aus dem Westen zu einem gemütlichen Beisammensein. Dort dankte Landrat Kubitz seinem Eisenacher Kollegen herzlich für ihre Unterstützung an dem gemeinsamen Werk. Er dankte auch allen an der Übung beteiligten Feuerwehrmännern. Er sagte „Im Vordergrund unseres Handelns muss immer der Mensch stehen. Die Politik darf in solchen Fragen nicht die entscheidende Rolle spielen. Die Zonengrenze sei bei dieser Übung so weit wie möglich umgangen worden. Kubitz rief unter dem Beifall aller Anwesenden „Es ist unser sehnlichster Wunsch dass sie bald völlig verschwindet.“ Ratsvorsitzender Kilius überbrachte die Grüße aller Grenzbewohner des Kreises Eisenach. Er danke für die vertrauensvolle Atmosphäre, welche bei den bisher drei Besprechungen zwischen den beiden Seiten geherrscht hatte. „Auch wir wollen ein Deutschland des Friedens und der Freundschaft und eine Einheit die uns nicht ins Elend führt“ sagte er.

An dem Zusammensein der Feuerwehren auf westlicher Seite sollten auch die Kameraden aus Großburschla und Treffurt teilnehmen. Dies fand allerdings nicht statt. Der Leiter der Abteilung Feuerwehr beim Volkspolizeikreisamt Eisenach Pechtel winkte ab. Mit den Worten „Wir haben schon vorher einen Kleinen zur Brust genommen“ war für ihn die Sache erledigt. Die Kameraden aus dem Osten, tranken ihr Bier in der Gemeindegaststätte in Großburschla.

## Die Pressekonferenz vom Ratsvorsitzenden Kilius

Im Anschluß an die Übung fand eine Pressekonferenz von Otto Kilius im Gasthaus Germerodt statt.

Er wurde gefragt ob die westlichen Wehren bei einem Großfeuer im östlichen Großburschla Löschhilfe hätten leisten könnten. Kilius antwortete, wie er es bereits bei einem vorherigen Gespräch gesagt hatte, dass es im Ernstfall keine Schwierigkeiten durch die Grenze gibt. Weiter sagte er, dass die Verhandlungen erst ein Anfang wären. Sie sollen fortgesetzt werden. Auch über andere Dinge könne gesprochen werden.

Diese Äußerung hatte Ratssekretär Becker allerdings vorher bereits etwas abgeschwächt. Er sagte, dass Großburschla über zwei Motorspritzen verfüge (eine hatte die Ortsfeuerwehr und eine zweite befand sich VEB Sitzmöbel Großburschla) und durch das Wasser der Werra auch ohne nachbarliche Löschhilfe ein solches Feuer beherrschen würde. Weiter sagte er, dass Großburschla 400 m B-Schläuche aus der Eisenacher Kreisreserve bekommen hat. Bezahlt aus einem 10.000 Mark Fond. Diese Schläuche bleiben nun ständig bei der Feuerwehr.

Landrat Kubitz äußerte sich dankbar über das Entgegenkommen der östlichen Seite und den Einsatz der „sehr tüchtigen Feuerwehrmänner“ aus Großburschla und Treffurt.

Abschließend bemerkte Otto Kilius, wichtig sei das Vorvertrauen von beiden Seiten. Darauf käme es an.

Nach der Pressekonferenz, auf dem Rückweg zum Übungsobjekt, überreicht eine Großburschlaer Bäuerin Otto Kilius einen schnell gepflückten Blumenstrauß aus Kornblumen und Klatschmohn. Kilius schenkte den Strauß an Landrat Kubitz weiter.



Landrat Kubitz mit dem Blumenstrauß

## Der Bahnhof von Großburschla

Am Bahnhof Großburschla war die Verladerampe durch Stacheldraht abgeschnitten. Dies bereitete den hessischen Bauern bei der Rübenverladung große Schwierigkeiten. Landrat Kubitz sprach das Problem bei Kilius an. Dieser sagte zu, sich bei den zuständigen Stellen für einen Rückbau des Zauns befürwortend einzusetzen.

Der Betrieb auf der Eisenbahnstrecke Eschwege und Heldra wurde am 12. August 1946 wieder aufgenommen.

Während Großburschla in der DDR lag, befand sich der Bahnhof in der Bundesrepublik. Damit war der Ort von der Bahnverbindung abgeschnitten. Der Grenzverlauf am Bahnhof war kompliziert. Unmittelbar hinter dem Kilometerstein 12,4 des Gleises in Richtung Eschwege querte die Grenze das Gleis. Danach führten die Schienen auf einem 320 m langen Abschnitt durch DDR-Gebiet. Unmittelbar vor dem Bahnhofsgebäude erreichten sie wieder die Bundesrepublik. Durch Verhandlungen konnte von westlicher Seite aus 1952 erreicht werden, dass der Grenzzaun jenseits des Bahndammes auf DDR Gebiet umgesetzt wurde. Auf eine Kontrolle ihres Hoheitsgebietes im Bereich der Gleise und Teile des Bahnhofs verzichtete die DDR.

Im Haltepunkt Heldra, das Gleis nach Treffurt endete hier stumpf, konnte die dem Zug vorgespannte Lok nicht umgesetzt werden. Die Lok wurde bereits im Bahnhof Großburschla abgekuppelt und hinter den angekommenen Zug gefahren. Der Zug wurde so nach, nach „Fahrdienstvorschrift“ mit 20 km/h nach Heldra geschoben.

Den Bundesbahnern, welche die Wagen kuppelten und die Weichen stellten war, besonders in Zeiten politischer Spannungen, unwohl. Sie befanden sich ja auf dem Staatsgebiet der DDR.

Mit dem Abschluss des Verkehrsvertrages vom 26. Mai 1972 zwischen BRD und BRD gestand die DDR dem Westen das Nutzungsrecht der Strecke zu. Die Deutsche Bundesbahn durfte diese nun offiziell benutzen. Bisher war die Nutzung nur geduldet.

Das Teilstück zwischen dem Bahnhof Großburschla und Heldra wurde am 2. Februar 1970 stillgelegt. 1978 erneuerte die Bahn die Gleisanlagen zwischen Eschwege und dem Bahnhof Großburschla.

Die deutsch-deutsche Übung war für alle beteiligten Kameraden aus Ost und West eine gute Gelegenheit alte Bekannte, auf kurzem Wege, begrüßen zu können. Ansonsten war ein Umweg von 120 km über den nächsten Grenzübergang zu machen.



Bekante aus Ost und West treffen sich

Die Übung war beendet und Leutnant Meifahrt sichtlich erbost. Einige Kameraden aus Großburschla gingen nicht sofort über die Grenze zurück auf das Ostgebiet. In dieser Sache forderten westliche Pressevertreter in ihren Berichten „etwas mehr Konzilianz“. Die Offiziere hatten hier allerdings ihre Befehle und in keiner Armee dieser Welt gibt es bei der Befolgung von Befehlen, Entgegenkommen und Verständnis für den Gegenüber.

Stunden später lag das Grenzgebiet wieder öde und verlassen, da wie die Jahre vorher. Die Posten bewachten die Grenze wie immer. Nur der Zehnmeter-Streifen musste neu gepflügt und geeeggt werden.

## Die Übung in den Kommentaren der Presse

In der Hessischen Feuerwehr-Zeitung Nr. 13 vom 10. Juli 1956 ist diesbezüglich abgedruckt: „Die Vereinbarung, die zwischen Eschwege und Eisenach getroffen wurde sieht vor, dass im Falle eines Brandes in Großburschla (West) die Freiwilligen Feuerwehren von Großburschla (Ost) und Treffurt helfen werden. Bisher gab es keine Möglichkeit diesem westlichen Ortsteil Wasser zuzuführen. Jetzt wird man mit sowjetzonalen Schläuchen Wasser aus der Werra, die an dieser Stelle auf sowjetzonalen Territorium liegt, zur möglichen Brandstelle pumpen. Ist dieser Brandangriff nicht ein voller Beweis: Die Feuerwehren kennen keine Landesgrenzen!

In der Zeitung „Das Volk“ dem Organ der Bezirksleitung Erfurt der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, steht in seiner Ausgabe vom 4. Juli 1956:

### **Feuerwehr aus Ost und West im Einsatz**

„Die Welt“ kommentiert: Zonengrenze war vergessen

**Eisenach** (Eig. Ber.). In der Gemeindeschänke von Großburschla sitze am 27. Juni der Landrat von Eschwege, Herr Hans-Joachim Kubitz, der Regierungsamtmann von Eschwege, Herr Schnitzer, Kreisbrandinspektor, Herr Götting, Stadtbrandinspektor, Herr Gerlach und Herr Schröder, alle aus Eschwege, mit dem Vorsitzenden des Rates des Kreises Eisenach, Herrn Kilius, dem Sekretär des Rates des Kreises, Herrn Becker, und verschiedenen anderen Vertretern unserer demokratischen Öffentlichkeit in freundschaftlichem Gespräch vertieft. Bereits Besprochenes soll in die Tat umgesetzt werden: Hilfe bei Bränden – besondere Sicherungsmaßnahmen für das in Heldra liegende Sägewerk.

Da heulen die Sirenen – Großalarm! Männer der Großburschlaer Feuerwehr eilen zum Spritzenhaus. Im wahrsten Feuerwehrtempo geht's mit den Löschgeräten über die sonst gesperrte Brücke – hinunter an die Werra. Kurze Kommandos! Die Motorspritze springt an ... die Großübung hat begonnen. Wenige Zeit später hören wir die Martinshörner aus Wanfried und Eschwege. Schläuche rollen dem 10-Meter-Streifen zu. Die Motoren der Spritzen heulen auf, gemeinsam geht es dem „Brand“ im Heldraer Sägewerk zu Leibe. Die Männer der Wehren aus Ost und West bestehen die Probe für den Ernstfall.

„Die Welt“, Hamburg, (eine überregionale Tageszeitung in der britischen Besatzungszone geründet) schreibt dazu: „Jetzt erst verschnaufen die Wehrmänner, schauen in die Gesichter der Umstehenden, begrüßen alte Bekannte. Niemand kann jetzt noch Ost und west unterscheiden.“

Bei der Übung selbst, wie auf der Heimfahrt, lässt uns der Gedanke nicht los: Hier das gemeinsame Handeln von Kreis zu Kreis im Interesse der Bevölkerung über die Zonengrenze hinweg. Weshalb aber nicht von Regierung zu Regierung, um die heißen unseres Volkes dies- und jenseits der Demarkationslinie zu erfüllen? Unsere Regierung der DDR gab bereits so viele Anregungen, machte dazu unzählige Vorschläge.

Zu dieser Übung findet sich im „Unser Brandschutz – UB“, Heft 9 von 1956, unter dem Titel „Unser Brandschutz“-Kommentar folgendes:

#### **Hand in Hand**

Am 27. Juni fand an der Demarkationslinie eine gemeinsame Übung der Freiwilligen Feuerwehren Altenburschla, Eschwege, Heldra und Wanfried in Hessen sowie von Großburschla und Treffurt im Kreis Eisenach statt. Das war nicht nur für die Kameraden der beteiligten Feuerwehren ein besonderes Erlebnis, sondern auch für die gesamte dortige Bevölkerung. Sahen diese Menschen dort mit eigenen Augen, daß uns viel mehr eint, als uns eigentlich trennt, und es demzufolge unser aller Aufgabe ist, am Einigen anzupacken, um die Einheit unseres willkürlich gespaltenen Vaterlandes zu erringen.

Nicht so empfanden die Redakteure der Westberliner „Nachtdepesche“. Ihnen war diese Begegnung deutscher Menschen an der Zonengrenze nur Stoff für eine Sensationsmeldung unter der Überschrift „Ostwasser in Westschläuchen“. Diese nächtlichen Schmierfinken schrieben in ihrer Ausgabe vom 28. Juni wörtlich: „Vierzehn Minuten nach dem Alarm spritzte aus bundesdeutschen Schläuchen sowjetzonal Wasser“. Sie konnten sich nicht verkneifen, ihren Lesern vorzusetzen, daß die Schlauchleitungen „unter Aufsicht der Volkspolizei“ bis zur Grenze verlegt wurden, selbstverständlich ohne den anwesenden Bundesgrenzschutz zu erwähnen. Keine Würdigung des gemeinsamen Handelns der Menschen beiderseits der Zonengrenze im Interesse der Verständigung der Verständigung, kein Hinweis auf die notwendige Einheit unseres Vaterlandes, dafür die in eine „objektive“ Meldung eingebettete Diskriminierung der Deutschen Demokratischen Republik.

Umso mehr empfand aber die Bevölkerung die tiefere Bedeutung dieser Übung, spürten Feuerwehrmänner und Zuschauer diesseits und jenseits der willkürlich gezogenen Grenze, daß sie zusammengehören und gemeinsam handeln müssen. Mehr noch: Alle herzlichen Herzens die Einheit unseres Vaterlandes erstrebenden Menschen sehen in dieser Übung einen Beweis, dass sich nicht die Politik der Stärke und des kalten Krieges, sondern nur die Politik der Verhandlungen und Verständigung von Erfolg sein kann.

Während der Tage, wo der westdeutsche Außenminister von Brentano im Bonner Bundestag erneut die „Befreiung der Ostgebiete“ und die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 propagierte, was nichts anders bedeutet als blutigen Bruderkrieg, saßen in der Gemeindegaststätte von Großburschla Vertreter der Feuerwehren und der örtlichen Organe des Kreises Eisenach und des Landes Hessen gemeinsam an einem Tisch und verhandelten.

Zu einer Zeit, wo die adenauerhörige Mehrheit des Bundestages das Wehrgesetz durchpeitschte, Militaristen strategische Pläne erwägen und die westdeutsche Brandschutzzeitung erörterte, warum Berlin trotz des starken Bombenterrors im zweiten Weltkrieg nicht ausgebrannt ist, arbeiten im Werratal künftig Feuerwehrleute aus der Bundesrepublik und aus der Deutschen Demokratischen Republik Hand in Hand, um eventuellen Brandgefahren gemeinsam entgegenzutreten zu können. Offenbart dieses kleine, doch so bedeutungsvolle Ereignis nicht sehr deutlich die große Kluft zwischen den Strategen des kalten Krieges und der Masse des ganzen deutschen Volkes?

Die deutschen Menschen in Ost und West wollen nicht aufeinander schießen, sondern miteinander arbeiten. Für das gemeinsame Wohl und eine glückliche Zukunft in einem geeinten und demokratischen Deutschland. Dazu ist erforderlich nicht nur während einer Feuerwehrübung zusammenzuwirken, um, wie in diesem Fall, ein Sägewerk vor Brandgefahren zu sichern, sondern auch im täglichen Kampf gegen die Kriegstreiber zusammenzustehen, um unser Leben, unser Volk und unsere Heimat vor einem weit größeren Brand zu schützen.

## Nachwort

In der DDR wurde am 18. Januar 1956 das „Gesetz zum Schutze gegen Brandgefahren“ erlassen. Es trat am 1. Februar 1956 in Kraft und gliederte die Feuerwehren in die Verwaltung der Deutschen Volkspolizei ein. Die oberste Instanz war die Hauptabteilung Feuerwehr in der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei in Berlin. Unter der Hauptverwaltung waren die Abteilungen in den Bezirks- und Kreisbehörden (BdVP und VPKA) angeordnet. Die erste Durchführungsbestimmung erging am 16. Januar 1961. Diese schrieb betriebliche Brandschutzanordnungen und Meldepflichten vor.

Die vom Eschweger Landrat Hans-Jochen Kubitz und dem Eisenacher Kreistagsvorsitzenden Otto Kilius geweckten Hoffnungen erfüllten sich nicht.

Am Donnerstag dem 5. Oktober 1961 beobachteten Einwohner des Ortsteils Großburschla-Bahnhof und Angehörig des Zoll-Grenzdienstes eine starke Rauchentwicklung in Großburschla. Eine Scheune war in Brand geraten. Sie setzten die auf der anderen Seite der Grenze anwesenden Soldaten der Grenztruppen in Kenntnis. Diese verließen ihren Posten lösten einen Alarm aus. Bald danach bekämpften die Einwohner und die Feuerwehr Großburschla den Brand. Zwischenzeitlich heulten auch in Treffurt die Sirenen.

Gleichzeitig hatten auch die Landespolizei und der Zollgrenzdienst den Brand an das Landratsamt in Eschwege gemeldet. Landrat Höhne befand sich gerade zu einer Besprechung beim Regierungspräsidenten. Nach Kenntnisnahme erteilte er sofort die Anweisung in der Gemeinde Großburschla Löschhilfe zu leisten und kurz danach rückte der Alarmzug der Feuerwehr Eschwege mit einem Tanklöschfahrzeug und einem Löschgruppenfahrzeug LF 16 aus. Der Löschzug, er stand unter dem Kommando von Stadtbrandmeister Otto Merten, erlebte an der Grenze angekommen, eine bittere Enttäuschung. Den Kameraden wurde die Durchfahrt nach Großburschla verwehrt. Die Helfer, unter ihnen befand sich auch Kreisbrandinspektor Albert Götting, der auch bei der Übung 1956 anwesend war, mussten unverrichteter Dinge die Heimfahrt antreten.

In der Nähe der Gemeindeschenke von Großburschla brannte es am 3. Mai 1963. Auch hier wurde das Hilfsangebot der westlichen Seite vom Osten abgewiesen.

Die gemeinsame Großübung vom 27. Juni 1956 wurde ½ Jahr nach Grenzöffnung von den beteiligten Feuerwehren wiederholt. Am 27. Juni 1990, also genau 34 Jahren später, stellten sie die Übung nach. Im Anschluss fand ein gemeinsamer Umtrunk statt. Diesmal saßen Thüringer und Hessen zusammen. Es wurden Grußworte gesprochen. Unter anderem auch vom Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr Treffurt Kam. Horst Meister. Er erwähnte dass die Feuerwehren Treffurt und Großburschla ein Schreiben von Wilhelm Pieck, dem ersten und einzigen Staatspräsidenten der DDR, erhalten hatten. Was im Schreiben stand ist unbekannt. Sicherlich wurden Einsatz und Leistung bei der deutsch-deutschen Übung gewürdigt.

Da die Kameraden beim Verlegen der Schlauchleitungen, im Gegensatz zu ihren Anweisungen, die Demarkationslinie überschritten hatten, galten sie bei führenden

Funktionären als die undiszipliniertesten Feuerwehren der DDR. So wurde das Schreiben nach kurzer Zeit wieder einkassiert.

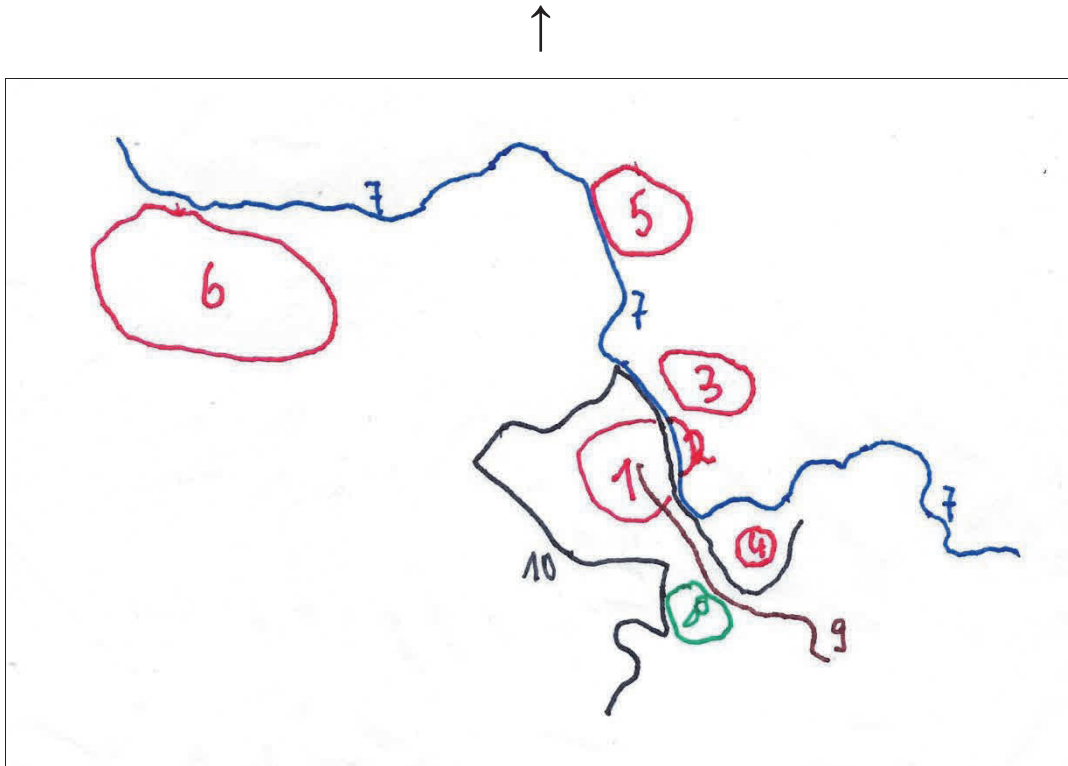
Die Übung jährte sich 2006 zum fünfzigsten Mal. Das war ein guter Grund, sich am 13. Oktober 2006 wieder zutreffen.

2026 ist es nun 70 Jahre her, dass die denkwürdige deutsch-deutsche Übung stattgefunden hat. Die Feuerwehren von Altenburschla, Eschwege, Großburschla, Heldra, Treffurt und Wanfried arbeiten, unter dem Leitspruch „Retten – Löschen – Bergen – Schützen“ zum Schutz der Bevölkerung, eng zusammen.

### **Gott zur Ehr dem Nächsten zur Wehr**



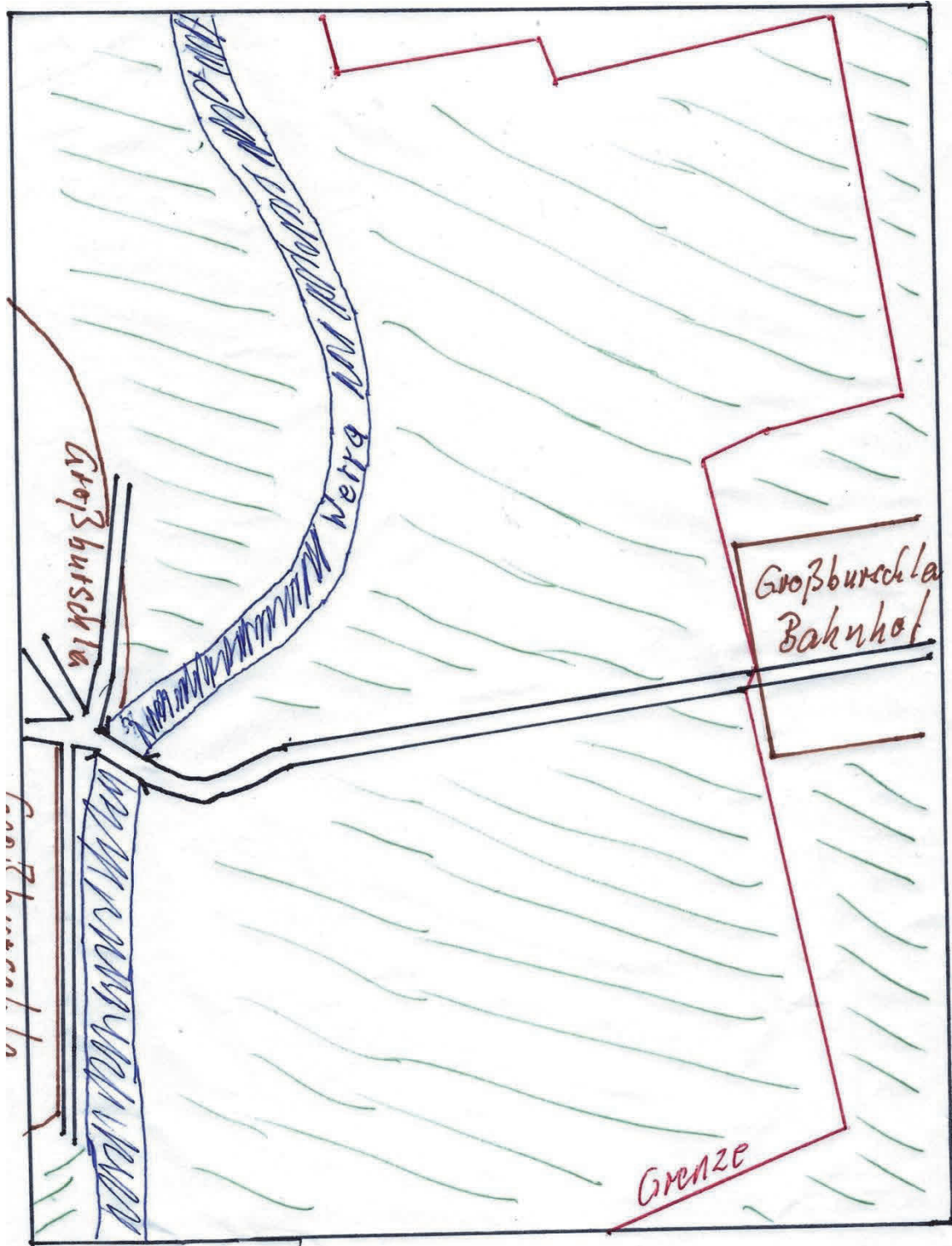
## Anlage 1 Die Ortschaften der beteiligten Feuerwehren



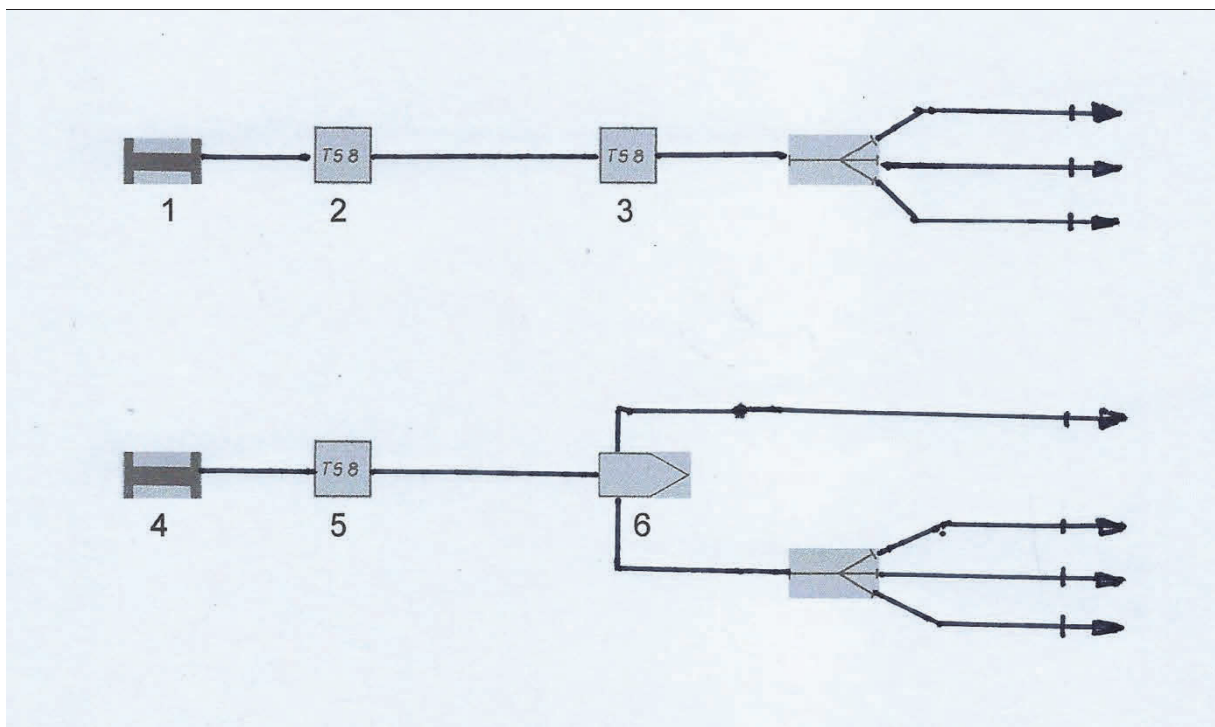
Der Grenzverlauf zeigt der „Flaschenhals“

- |   |                      |    |                                 |
|---|----------------------|----|---------------------------------|
| 1 | Großburschla         | 7  | Werra                           |
| 2 | Großburschla Bahnhof | 8  | Heldrastein                     |
| 3 | Treffurt             | 9  | Straße unter dem<br>Heldrastein |
| 4 | Heldra               | 10 | Grenze                          |
| 5 | Wanfried             |    |                                 |
| 6 | Eschwege             |    |                                 |

Anlage 2 Grenzverlauf vor Großburschla-Bahnhof



## Anlage 3 Die Löschwasserförderung



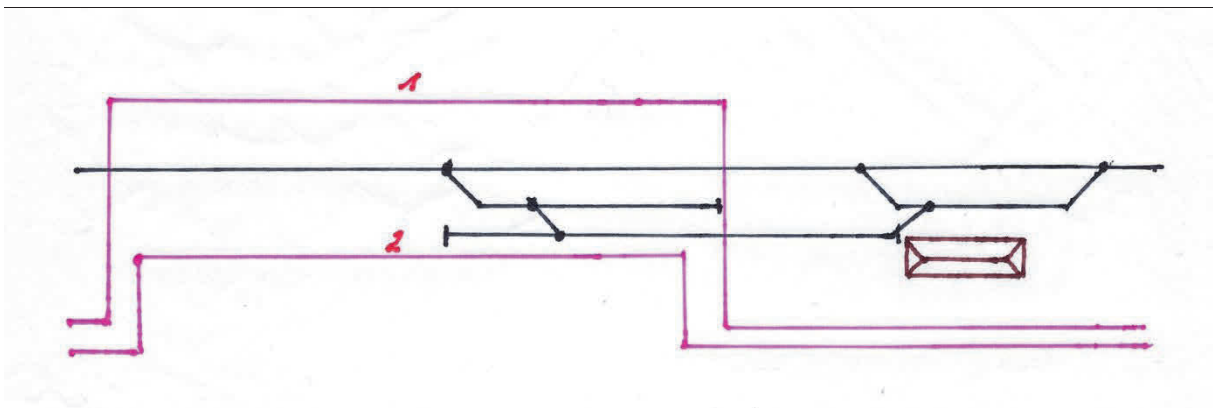
- 1 Saugstelle FF Großburschla
- 2 Tragkraftspritze FF Großburschla
- 3 Tragkraftspritze FF Heldra
- 4 Saugstelle FF Teffurt
- 5 Tragkraftspritze FF Treffurt
- 6 Löschgruppenfahrzeug FF Eschwege

Anlage 4 Bahnstrecke Eschwege - Treffurt



## Anlage 5 Der Bahnhof Großburschla

Gebiet der Bundesrepublik



Gebiet der DDR

- 1 Grenzverlauf nach 1945
- 2 Grenzverlauf nach Rücksetzung des Grenzzauns durch die DDR

## Quellenverzeichnis

### Vorwort

1) „Wasser marsch in der DDR“ Feuerwehr und Brandschutz in der sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik; von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Heinz Gläser, Zweite überarbeitet und erweiterte Auflage, Teltower Stadtblatt, Verlags- und Presse GmbH, Sommer 2006,

### Großburschla

<https://de.wikipedia.org/wiki/Gro%C3%9Fburschla>

<https://de.wikipedia.org/wiki/Heldrastein>

### Das Jahr 1956

<https://de.wikipedia.org/wiki/1956><https://de>

[https://de.wikipedia.org/wiki/XX.\\_Parteitag\\_der\\_KPdSU](https://de.wikipedia.org/wiki/XX._Parteitag_der_KPdSU)

[https://de.wikipedia.org/wiki/Ungarischer\\_Volksaufstand](https://de.wikipedia.org/wiki/Ungarischer_Volksaufstand)

### Die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR

[wikipedia.org/wiki/Innerdeutsche\\_Grenze](https://de.wikipedia.org/wiki/Innerdeutsche_Grenze)

<https://www.grenzdenkmal.com/seite/5204/geschichte-der-innerdeutschen-grenze.html>

<https://www.stasi-mediathek.de/sammlung/innerdeutsche-grenze-und-berliner-mauer/>

[https://de.wikipedia.org/wiki/Grenzschutz\\_der\\_DDR](https://de.wikipedia.org/wiki/Grenzschutz_der_DDR)

### Die Grenzsicherungsanlagen

[https://de.wikipedia.org/wiki/Grenzschutz\\_der\\_DDR](https://de.wikipedia.org/wiki/Grenzschutz_der_DDR)

<https://www.bundesarchiv.de/glossar/detail/grenzsicherung/>

[https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Watchtower\\_type\\_BT\\_4x4\\_Katharinenberg,\\_S%C3%BCdeichsfeld\\_in\\_Thuringia\\_8\\_construction.jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Watchtower_type_BT_4x4_Katharinenberg,_S%C3%BCdeichsfeld_in_Thuringia_8_construction.jpg)

<http://grenzkommando.de/grenzanlagen-west-1.html>

### Die Organe der Grenzsicherung

<https://d-d-r.de/grenzpolizei-in-der-ddr.htm>

<https://d-d-r.de/ddr-politisches-system-grenztruppen-und-mfs.html>

[https://de.wikipedia.org/wiki/Grenztruppen\\_der\\_DDR](https://de.wikipedia.org/wiki/Grenztruppen_der_DDR)

[https://de.wikipedia.org/wiki/Grenztruppen\\_der\\_DDR](https://de.wikipedia.org/wiki/Grenztruppen_der_DDR)

### Beratung am 23. 5. 1956

Werra-Rundschau; Jahrgang 9, Nr. 123 vom 24. Mai 1956, Seite 4

Werra-Rundschau, Jahrgang 9, Nr. 124 vom 25. Mai 1956

### Lagebesprechung in Großburschla vor der Übung

Werra Rundschau, Jahrgang 9 Nr. 123 vom 28. Juni 1956, S. 4

### Die Übung

„Unser Brandschutz“, Zeitschrift für das gesamte Brandschutzwesen; Verlag für Fachliteratur der Volkspolizei, 6. Jahrgang, Heft 9, September 1956, Seite 2 f

Werra Rundschau, Jahrgang 9 Nr. 123 vom 28. Juni 1956  
Hessischen Feuerwehr-Zeitung, Nr. 13 vom 10. Juli 1956, Seite 199 ff  
„Das Volk“, Organ der Bezirksleitung Erfurt der Sozialistischen Einheitspartei  
Deutschlands; Ausgabe vom 4. Juli 1956  
Brandschutz; Wehren aus Ost und West gemeinsam im Einsatz; Heft 8, August 1956,  
Seite 166

Pressekonferenz vom Ratsvorsitzenden Kilius nach der Übung  
Hessischen Feuerwehr-Zeitung, Nr. 13 vom 10. Juli 1956, Seite 201

Der Bahnhof vor Großburschla  
<http://grenzkommando.de/grenzanlagen-west-1.html>  
<https://www.hna.de/lokales/witzenhausen/im-thueringischen-grossburschla-lag-bahnhof-im-westen-8386104.html>  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Bahnstrecke\\_Schwebda%E2%80%93Wartha](https://de.wikipedia.org/wiki/Bahnstrecke_Schwebda%E2%80%93Wartha)  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Bahnhof\\_Schwebda](https://de.wikipedia.org/wiki/Bahnhof_Schwebda)  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Bahnhof\\_Gro%C3%9Fburschla](https://de.wikipedia.org/wiki/Bahnhof_Gro%C3%9Fburschla)  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Bahnstrecke\\_Schwebda%E2%80%93Wartha](https://de.wikipedia.org/wiki/Bahnstrecke_Schwebda%E2%80%93Wartha)  
<https://www.drehscheibe-online.de/foren/read.php?017,10086459>

Die Übung in Kommentaren der Presse  
„Unser Brandschutz – UB“; „Unser Brandschutz“-Kommentar, Heft 8, 1956  
„Das Volk“, Organ der Bezirksleitung Erfurt der SED; Feuerwehr aus Ost und West im  
Einsatz, 4. 6.1956  
„Unser Brandschutz – UB“; „Unser Brandschutz“-Kommentar, Heft 8, 1956

Nachwort  
Artikel: „Wehren aus Ost und West gemeinsam“, 22. Juli 1986, Seite 5

## Dank für die Unterstützung

Ein herzliches Dankeschön den folgenden Kameraden für ihre wertvollen Hinweise,  
Anregungen und bereitgestellten Unterlagen.

Andreas Scholz, Apolda  
David Büchner, Treffurt  
Stefanie Feige, Großburschla  
Kurt Metzinger, Treffurt  
Tobias Manegold, Treffurt  
Tomi Feige, Großburschla  
Andreas Gertler, Eisenach  
Burkhard Stefan, Hörselberg-Hainich  
Klaus Wegener, Lemgo  
Bernd Müller-Strauß, Fulda  
Norbert Zimmer, Treffurt

## Auflistung der bisher in der Reihe erschienenen Publikationen

- Heft 01: Feuerwehr-Verbände im Herzogtum Sachsen-Meiningen, Karl-Heinz Lenninger † und Gerhard Winkel †, Erfurt 1997, H-Verlag Dasingen
- Heft 02: Lieder, Gedichte, Mundartliches und Kurioses um und über die Feuerwehr, Zusammengestellt von Hartmut Stöpel, Erfurt 1997
- Heft 03: Bibliographie der Thüringer Feuerwehrzeitungen, Hartmut Stöpel, Erfurt 2002
- Heft 04: Verschraubungen – Kupplungen, Gerhard Winkel †, Erfurt 2003
- Heft 05: „Feuerwehr ans Lagertor!“ Die Feuerwehren von Buchenwald Hartmut Stöpel, Erfurt 2007
- Heft 06: Ein Leben im Dienst der Feuerwehr – Maximilian Reichel, Jürgen Müller, Erfurt 2009
- Heft 07: Feuerlöschspritzenfabrikation, Rohn/Greiz, Reinhard/Hildburghausen, Gunter Siebert, Joachim Jaretzki, Erfurt 2014
- Heft 08: Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Demokratisierung in den Feuerwehren, Hartmut Stöpel, Erfurt 2010
- Heft 09: Herzog Ernst August I. von Sachsen-Weimar-Eisenach und seine „Tellerordnung“ aus dem Jahr 1742, Joachim Jaretzki Erfurt 2017
- Heft 10: Zeittafel zur Geschichte des Grubenrettungs- und Gasschutzwesens in der DDR, Teil 1, Hartmut Stöpel, Erfurt 2018
- Heft 11: Die Handdruckspritzen von Christian Friedrich Röber, Joachim Jaretzki, Erfurt 2019
- Heft 12: Beiträge zur Geschichte des Grubenrettungs- und Gasschutzwesens in der DDR, Hartmut Stöpel, Erfurt 2021
- Heft 13: Die Statistik des Thüringer Feuerwehrverbandes von 1900 (Nachdruck) Joachim Jaretzki, Erfurt 2020
- Heft 14: Die 092. Brandschutzabteilung 1975 – 1990, Joachim Jaretzki, Erfurt 2020
- Heft 15: Der Reußische Feuerwehrverband, Gunter Siebert, Erfurt 2022
- Heft 16: Der Feuerwehrverband Schwarzburg-Rudolstadt, Herbert Pfothner, Erfurt 2022

- Heft 17: Kraftwagenpark Thüringen, Wolfgang Mäder  
Erfurt 2023
- Heft 18: Die Thüringer Landesfeuerweherschule Zschachenmühle  
Joachim Jaretzki, Erfurt 2023
- Heft 19: Die Thüringer Landesfeuerweherschule Reinhardtsbrunn  
Joachim Jaretzki, Erfurt 2024
- Heft 20: Thüringer Feuerwehrauszeichnungen ab 1992  
Joachim Jaretzki und Uwe Dick, Erfurt 2025



